

Tendenzen des Bundes ins Gesicht geschlagen, aber man hält sicher schon wieder die andere Wade hin.
 Man möge sich nur wegen des „Prinzips“ und der „Anrechnung“ der Verbandsmitglieder nicht den Kopf zerbrechen. Sie fühlen sich unter seiner Flagge so wohl, wie sich Heimjohs befinden hat, solange der Verband sich dessen Mitgliedschaft gefallen ließ. Elemente seiner Art werden auf dem Vormarsch des Verbandes immer auf der Strecke bleiben, wo die „Bundeszeitung“ sich ihrer freundlich annehmen laßt. Wir können ihr Mitarbeiter vom Schlage Heimjohs. Das öffnet den unter der „Verbandsmitgliedschaft“ Scufzernden die Augen über das Organ des Bundes deutscher, österreichischer und Schweizer Brauergesellen.

Wirtschaftliche Rundschau.

Aufschwung und Umbildung in der Braunkohlenproduktion. — Die Erwerbungen des Herrn Reichel. — Gänge in Petroleumaktien.

In die trostlose Oede des Börjensverkehrs haben zwei Produktionszweige plötzlich ein gewisses Leben gebracht: die Braunkohle und das Petroleum. Keines der beiden Produktions- und Anlagegebiete ist wichtig genug, um der allgemeinen Wirtschaftsbewegung ein besonderes neues Gepräge aufzudrücken zu können. Aber diese Nebenströmungen, die den betreffenden Kurven, mitten in einer Umwelt des Verfalls und Stillstandes, ein unerwartetes flottes Steigen brachten, sind aus anderen Gründen wichtig und vor allem die Gänge zahlreicher Braunkohlenerwerbe für den Beobachter der jüngsten kapitalistischen Entfaltungsrichtungen überaus lehrreich.

Diese Gänge wurde in erster Linie veranlaßt durch starke Ankäufe seitens eines Großkapitalisten Reichel, der für den Braunkohlenhandel Böhmens etwa eine ähnliche überragende Stellung einnimmt wie die Emanuel Friedländer u. Co. und die Cäjar Wollheim für den Absatz unserer Steinkohlengruben, wenigstens derjenigen Ober-schlesiens. Ein Uebergrreifen Böhmens nach Deutschland lag schon lange nahe, weil die jüngere deutsche Industrie mehr und mehr die ältere böhmische an Fortschritten überflügelte und weil beide Gebiete immer stärker auf dem gleichen Markt konkurrierend zusammenstießen. Wenn die böhmische Braunkohle nach und nach ihren alten Platz in der Braunkohlenversorgung des Königreichs Sachsen, oder selbst Mitteldeutschlands und Berlins, einbüßte, so lag es nahe, durch den Erwerb deutscher Felder und Gruben die alten Absatzbeziehungen, wenn auch in entsprechend veränderter Gestalt, aufrechtzuerhalten und wiederzugewinnen. Noch mehr lockte unter Umständen die jähzornige Lebenskraft, die bisher der deutschen Braunkohlengewinnung eigen war. Deutschlands Produktion betrug in Millionen Tonnen: 1891: 20,54, 1895: 26,78, 1901: 44,48, 1906: 56,42, 1911: 73,52, 1912: 82,34. Seit wenig über 20 Jahren ist demnach eine Verdoppelung eingetreten. Besonders die Briftetherstellung hat zuletzt die Verwendung nicht nur im Haushalt, sondern auch in der Industrie rasch gesteigert, nachdem die großbetriebliche Feuerungspraxis die Stöße und Generatoren besser dem Briftet anpassen lernte. Die Herstellung von Braunkohlenbriftet stieg in Deutschland zwischen 1911 und 1912 von 16 837 000 auf 19 058 000 Tonnen, also um 13,2 Prozent, gegenüber einer Zunahme von 11,3 Proz. im Vorjahre, aber immer erst von 1,9 Proz. im Jahre 1910 gegen 1909. Nach dem letzten, Ende Juli veröffentlichten Jahresbericht des Vereins für die Interessen der Rheinischen Braunkohlenindustrie ist der Absatz von Braunkohlenbriftet speziell in diesem weßlichen Raport „zum Verbrauch in der Industrie in dauernder Zunahme begriffen und hat im Berichtsjahre (Kalenderjahr 1912) ungefahr 1 1/2 Millionen Tonnen betragen; der Anteil am Gesamtabsatz bleibt zunehmend und das Verhältnis von 40 zu 60 Proz. dem Hausbrand gegenüber dürfte bald erreicht sein. Auch in bezug auf Verfeuerung von Briftet auf dem Hofe ist eine Zunahme zu verzeichnen; die Frage der Rauchverhütung spielt da eine immer wesentlichere Rolle, auch die Tatsache einer beträchtlichen Rauchabswächung bei gemäßigter Feuerung mit Steinkohle. Wesentlicher ist natürlich die Vergasung von Braunkohlenbriftet, die sich zu den verschiedensten Verwendungszwecken immer mehr und in immer entfernteren Gebieten einführt.“ Endlich erwartet man eine abermalige große Förderung von der Erweitderung der elektrischen Ueberlandzentralen, die einer An-lehnung in bequemer gelegene Kraftquellen bedürfen und solche in Mitteldeutschland nur in den Braunkohlenfeldern finden können.

Die Bestrebungen des Herrn Reichel richten sich nun nicht auf den Vollbesitz der Gruben, sondern einfach auf die Sicherung der Aktienmehrheit, die für die Festimmung der Geschäftsgebarung und für die Regelung der Lieferverträge vollkommen genügt, wie sie der Kohlengroßhändler wohl vor allem ins Auge gefaßt haben dürfte. Nach den Mitteilungen der „Vossischen Zeitung“ hätte Herr Reichel bereits an folgenden Unternehmungen in Mitteldeutschland und Schlesien „Interesse genommen“:

1. Akt.-Ges. Namsdorfer Braunkohlenwerke in Namsdorf bei Leipzig.
2. Gewerkschaft Heureka in Brößdorf bei Meuselwitz, S.-A.
3. Verjagen-Weißentelzer Braunkohlen Akt.-Ges. in Halle a. S.
4. Böhmis Akt.-Ges. für Braunkohlenverwertung, Schächte bei Namsdorf, S.-A.
5. Eintracht-Braunkohlenwerke und Briftetfabriken Akt.-Ges. in Neu-Weitzow, S.-A.
6. Niederlausitzer Kohlenwerke Akt.-Ges., Gruben in Großschäßen, Senftenberg um.
7. Hohenlohe-Werte Akt.-Ges., Hohenlohehütte, Ober-schlesien.
8. Kohlenhandlung Wulff u. Co. G. m. b. H.
9. Braunkohlenwerke Leonhard Akt.-Ges. in Wuis mit Beteiligung an den Werken Heureka, Vereinsgründ und Wuis Wismar.

Dazu käme ein nicht unbeträchtliches Interesse an der Rheinischen Akt.-Ges. für Braunkohlen in Köln und an der geruchweise verarbeiteten — auch an der „Wismar“ Akt.-Ges. Die Briftetwerke sind unter 1 bis 6 und 9 genannter Unternehmungen gehören der mitteldeutschen Braunkohlenindustrie an; Wismar, Eintracht und Nieder-

lausitzer sind im Niederlausitzer Briftet-Verkaufsverein (Berlin), Leonhard, Heureka und Wuis waren beim Mitteldeutschen Briftetverband, das seit April dieses Jahres nicht mehr besteht.

Diese letzteren Unternehmungen allein erzeugen jährlich zirka 4 1/2 Millionen Tonnen Briftet; hiervon entfallen zirka 2,5 Millionen Tonnen auf Niederlausitzer Schnditabriftet und 2,2 Millionen Tonnen auf die Mitteldeutschen. Da, wie oben erwähnt, ganz Deutschland 19 058 000 Tonnen Briftet erzeugt, die unter Kontrolle Reichels geratenen Gruben insgesamt aber 6 250 000 Tonnen, so wären nicht weniger wie 32,9 Proz. unter einer festeren Leitung zusammengefaßt, als jemals früher unter den Schnditaten, die gerade auf dem Braunkohlengebiete sehr lohnend ergiebig waren und sehr leicht auseinanderziefeln. Das ist bei einem so wichtigen industriellen Brennstoff selbst für die Kapitalisten und Unternehmer nicht unbedenklich, und so erklärt sich die ziemlich erregte und weitverbreitete Erörterung der ganzen Frage. Vorläufig verfügt aber die Börse zum Absatz wieder einmal über Werte, die man nicht abwirft und im Kurse drückt, sondern die man umwirft und steigert, weil man mit weiteren großen Besitzumbildungen rechnet.

Die Petroleumaktien wurden wesentlich durch eine außergewöhnliche Finanzoperation der Steaua Romana, der rumänischen Schußbehörden der Deutschen Bank, beeinflusst. Danach soll das Aktienkapital der Gesellschaft mit einem Schlage auf das Doppelte (von 50 auf 100 Millionen Lei) erhöht werden — wie es in dem Geschäftsbericht heißt: wegen der „gewaltigen Entwicklung, die sich in der Petroleumindustrie der Welt vollzieht“. Andererseits geht man jedoch kaum fehl, wenn man den Schritt mit den deutschen Monopolsplänen in Zusammenhang bringt, an denen die Deutsche Bank vor allem interessiert ist. Aber auch andere Konzerne scheinen sich einen Aufschwung des Petroleummarktes zu versprechen, besonders weil der Uebergang der englischen Kriegsmarine zur Petroleumheizung eine neue Ära der Petroleumverwendung einzuleiten verheißt. So legte sich Petersburg stark für die Nobelaktien ins Zeug. Die California Oilfields Compagnie ist in den Besitz der Shellgruppe übergegangen, während sie früher zum Lager der Standard Oil Compagnie gehörte. Mit 4 Millionen Mark Grundkapital ist vor ein paar Wochen eine Aktiengesellschaft Bayerischer Lloyd gegründet worden, die hauptsächlich dem Transport russischen und rumänischen Petroleum auf der Donau dienen und zunächst Süddeutschland zugute kommen soll.

Alle solche Pläne und Umbildungen beleben natürlich im Augenblick das Börjensleben, das sich von anderen Summelfeldern mehr denn je ausgehoben sieht.

Berlin, 26. August 1918. Max Schippel.

Bewegung im Berufe.

Zugung ist fernzuhalten nach folgenden

Brauereien:

- Corbach, Brauerei Peter.
- Deggendorf, Brauerei Kroß.
- Kufel (Wald), Brauereien.
- Neustadt b. Koburg, Brauerei Süßenguth.
- Stade, Brauerei Reefe.
- Steinach, S.-W., Bürgerbräu.
- Tobtau, Volksbräuhaus.
- Weißenturm, Brauerei Voß.

Brewereien und Seefabriken:

- Gränberg i. Schl., Kognalbrewerei L. Buchholz.

Lohnbewegungen. — Tarifverträge. — Differenzen.

Brauereien.

† **Altenburg.** Tarifverträge. Nachdem am 14. Mai dieses Jahres ein neuer Lohnvertrag mit den hiesigen Brauereien vereinbart worden ist, tritt am 1. September der auch für die Schmöllner und Konneburger Brauerei neuabgeschlossene Lohnvertrag in Kraft. Was die Verbesserungen in den neuabgeschlossenen Tarifen anbelangt, so sind an Lohn in Altenburg 2 bis 2,75 Mk., in Schmölln 2 Mk. und in Konneburg 1,50 Mk. durchschnittlich erreicht worden. An Arbeitszeit wurde in Altenburg eine Verkürzung um täglich 1/2 Stunde erreicht, so daß die Arbeitszeit von 9 1/2 auf 9 Stunden reduziert worden ist. In Schmölln, wo trotz des heftigen Vertriebes auch ein 9 1/2stündige Arbeitszeit seit drei Jahren besteht, wurde nur für Sonnabends 1/2 Stunde Arbeitszeitverkürzung verlangt und erreicht. Leider konnte für Konneburg die 9 1/2stündige Arbeitszeit nicht fürs ganze Jahr erreicht werden, sondern nur vom 15. September bis 1. Mai. In den übrigen Monaten bleibt die zehnstündige Arbeitszeit bestehen, wie bisher. Die Leitung der Konneburger Brauerei führte schlechte Wasserverhältnisse an, bei denen die Arbeit in 9 1/2 Stunden nicht bewältigt werden könnte. Hoffentlich wird die Brauerei auch hier Abhilfe schaffen, damit die Konneburger Brauereiarbeiter mit denen der übrigen Städte gleichgestellt werden. Weiter wurde für alle drei Städte die unbezahlte Sonntagsarbeit für Wiederputzen und Geschirreinstellen abgejährt. Auch hier muß festgehalten werden, daß, während in Altenburg und Schmölln 1 Mk. und ein Liter Bier Entschädigung hierfür gewährt wird, man in Konneburg glaubte, nur 50 Pf. ausgeben zu können. Der Urlaub wurde in Altenburg von 6 auf 8 Arbeitstage erhöht, in Schmölln und Konneburg von 4 auf 6 Arbeitstage. Was nun den Freitagsurlaub anbelangt, so ist es bei dem alten Verhältnis gelassen worden, und nur die Altkonneburger in Altenburg hat ihn schon vor vier Jahren abgelöst. Die Arbeiter erhalten, je nachdem eine Entschädigung von 2,70 bis 4,10 Mk. und können sich den Liter Lagerbier mit 15 Pf. und den Liter Braubier mit 8 Pf. zurückkaufen. Es ist das eine Einrichtung, die nur zum Segen der Arbeiter gereicht. Hoffentlich werden auch einmal die übrigen Vertriebe dem Beispiel folgen. Die Vertragsdauer ist in Schmölln und Konneburg bei der dreijährigen Frist gelassen und nur in Altenburg hat man sie von 4 Jahre auf 3 Jahre und 4 Monate herabgesetzt; und mithin alle Tarifabschlüsse bis zum 31. August 1916 festgesetzt. Es ist dies die Taktik der Brauereiverbände, genau wie die Altkonneburger Brauereiarbeiter, liegen können die Arbeiter das ruhig im Kauf nehmen. Sind in

doch zu 100 Proz. organisiert und werden jedem etwaigen Schachzug der Brauereien begegnen können. Es muß zu gestanden werden, daß sich die Direktionen bei den Verhandlungen entgegenkommend gezeigt haben. Hervorgehoben muß noch die Schmöllner Altkonneburger werden, die trotz sehr schwerer Konkurrenz ihren Arbeitern dieselben Zulagen gewährt hat wie die Altkonneburger Brauereien, während die Konneburger Direktion über 1,50 Mk. glaubte nicht hinausgehen zu können. Im weiteren steht die Zahlstelle noch in Lohnbewegung mit der Saaraer Mühle, und werden weiter die Tarife der Schmöllner Malzfabrik sowie der Wintersdorfer Brauerei am 1. September gekündigt. Hoffentlich darf auch von den drei Firmen erwartet werden, daß sie den gerechten Wünschen ihrer Arbeiter entgegenkommen zeigen. Alles in allem können die Altkonneburger, Schmöllner und Konneburger Brauereiarbeiter mit dem Erreichten zufrieden sein. Das ist natürlich nur der Organisation zu verdanken, die die Arbeiter auch einzuführen wissen.

† **Corbach.** Streik. In der Kilianbrauerei stehen die Kollegen seit dem 9. August im Streik. Die Ursachen des Streiks sind folgende: Im März dieses Jahres wurden vier Arbeiter entlassen wegen Arbeitsmangels. Letzterer mag wohl vorhanden gewesen sein, nur nicht in dem großen Umfange, wie es die Firma darzustellen beliebt. Wie der Arbeitsmangel konstruiert wird, geht schon daraus hervor, daß man im September 1912 fünf Arbeiter entlassen wollte wegen „Arbeitsmangel“, weil man den Fuhrpark abschaffen wollte, um ihn einem Privatunternehmer zu übertragen. Durch Eingreifen der Organisation wurde die Ausführung dieser Maßnahme verhindert und so wurden nur zwei Mann entlassen. Bei dieser Gelegenheit betonte Herr Kommerzienrat Peter, daß in solchen Fällen die Arbeiter der Reihe nach, vom Dienstjüngsten an, zu entlassen seien; bei Bedarf würden sie dann wieder eingestellt. Das sind ja auch die Abmachungen, die bei solchen Anlässen getroffen werden. Herr Peter scheint aber seine eigenen Worte nicht ernst zu nehmen. Denn im März d. J. hat er anders gehandelt. Es waren unter den Entlassenen recht alte Leute. Für die Entlassung des Letzten, der zugleich Vorsitzender des Arbeiterausschusses war, hatte man die Begründung, daß er fortgesetzt den Betrieb heuchelt habe! Der Beweis hierfür wird Herr Peter schwerfallen! Wenn jemand die Interessen der Arbeiter bei der Betriebsleitung vertritt, so heuchelt er nach Herrn P. dem Betrieb! Unverständlich ist solcher Standpunkt, doch begreiflich für denjenigen, der Herrn P. Absichten kennt. Die Arbeiter gaben zunächst zu, daß zwei Arbeiter entlassen werden könnten; die anderen beiden sollten jedoch beschäftigt werden. Herr P. ließ sich aber nicht beugen! Er ließ durch seinen Sekretär erklären, daß er es so bestimmt habe und daran nichts geändert werde. Er wolle nicht die ewige Aufregung mit der Organisation haben! Ja, ja: Der Herr-im-Hausse-standpunkt schwindet nicht so leicht! Die Sache war eben für Herrn Peter abgehan. Allmählich kam es, daß die Arbeiter Ueberstunden machen mußten und das wurde schließlich zur Gewohnheit. Ueber dieses Verfahren bejammerten sich die Arbeiter bei ihrer Organisation und verlangten die WiederEinstellung von Arbeitskräften aus den Reihen der Entlassenen. Die Zahlstelle Kasse des Brauerei- und Mühlenarbeiterverbandes vermittelte nun, diese Differenz zu erledigen. Aber man hatte sich getäuscht in Herrn Peter. Er antwortete weder auf Einschreibebriefe noch auf telephonische Anrufe. Beim persönlichen Vortreffwerden war er nicht zu sprechen. Wohl ein halbes Duzendmal hat die Verbandsleitung im Laufe dieses Sommers versucht, eine Rücksprache mit Herrn P. herbeizuführen; vergeblich! Durch Verkaufsverhandlungen hat sich die Sache unfehlbar verzögert und so wurde die Geduld der Arbeiter auf eine harte Probe gestellt. Die Enttäuschung hatte ihren Höhepunkt erreicht, als Herr P. vor einigen Wochen drei Frauen einstellte und einen „Herrn“. Letzterer gleich „Cybedient“ (trotzdem von Fachkenntnissen weit entfernt), Kommandeur des Brauereiarbeiter und angeblicher „Anreißer“ der Arbeiter. Einer dieser Herren, die bei Herrn P. schon so oft die Rolle der „vorübergehenden Erfindung“ spielen. Am Freitag, den 8. August, versuchten die Vertreter der Organisation nochmals zu verhandeln. Herr P. ließ sagen, daß er heute und morgen früh nicht in den Betrieb komme, es sei ihm nicht recht gut! Eine halbe Stunde später konnte man ihn „sehr wohl“ im Betriebe sehen. Diese Mißachtung der Vertreter der Arbeiterschaft war denn doch etwas zu stark und so beschloßen die Arbeiter nach am folgenden Abend, die Arbeit am Sonnabend nicht wieder aufzunehmen, bis sich Herr Peter zu Verhandlungen bereit erklärt. Das ist bis heute allerdings noch nicht geschehen. Für die Arbeiter ist es ein Existenzkampf, den sie führen; er wird unter allen Umständen durchgedrungen werden. Denn die Brauerei L. Peter hat mit dem Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter im Jahre 1910 einen Tarifvertrag abgeschlossen, welcher bis zum Jahre 1915 Gültigkeit hat. Dadurch, daß Herr P. des öfteren erklärt hat, die jetzigen Arbeiter seien ihm zu teuer, er müsse billigere einstellen (was er jetzt getan hat), umgeht er ganz offensichtlich den Vertrag. Sich das gefallen zu lassen, haben die Arbeiter keine Ursache. Sollte sich Herr Peter nicht bald bekehren lassen, so wird nach ein ernstes Wortchen mit ihm zu reden sein. Denn die Solidarität der Gesamtarbeiterschaft in den Brauereiarbeitern steht.

Herr Peter scheint sein Verhalten absichtlich darauf angelegt zu haben, den Vermittlungskampf gegen die organisierten Arbeiter zu führen. In allen Gauen Deutschlands sucht er Arbeitswillige; dabei müssen natürlich, wie immer, die bürgerlichen farbigen Kläser zur Verfügung stehen. Er kommt sogar bis zum Domdechant General-angeiger. Der Streikbrecheriang ist ihm aber nicht ge- genügend, denn die Organisation ist auch auf dem Demar- und mit seinen bisher gewohlenen „Mausstrichen“ kann er nicht viel anfangen.

Das Gewerkschaftskartell Kasse versuchte am 23. August zu vermitteln. Herr Peter antwortete, sein Vertreter, Herr Reichsammal, Varnhagen, käme zu den Vertretern der Arbeiter gesagt, daß die Brauerei verkauft sei und er keine Abmachungen mehr treffen könne. Trotzdem hätten aber die Arbeiter die Arbeit nicht abgelehnt.

Demgegenüber sei festgehalten, was Wulffschütz ein- mal die Arbeiter die Arbeit nicht abgelehnt, nachdem es Herr Peter überhört nicht für nötig hielt, um den Vertreter der

nahm und außerordentlich gut besucht war. Kollege Jacob-Mannheimer erläuterte als Referent die Tarifverträge im bayerischen Brauereiwesen und die Errungenschaften der organisierten Arbeiter. Umfassend daran behandelte er die im Jahre 1913 geschlossenen Tarifverträge des bayerischen Brauereiwesens und zeigte, welche Vorteile sie bieten gegenüber den früheren Lohn- und Arbeitsverhältnissen in dem bayerischen Brauereiwesen und ganz besonders in der Brauerei in Deggendorf. Die organisierten Arbeiter der Brauerei sind verhältnismäßig sehr zahlreich und die Zahl der Arbeiter ist in den letzten Jahren sehr stark gewachsen. Die organisierten Arbeiter der Brauerei sind verhältnismäßig sehr zahlreich und die Zahl der Arbeiter ist in den letzten Jahren sehr stark gewachsen. Die organisierten Arbeiter der Brauerei sind verhältnismäßig sehr zahlreich und die Zahl der Arbeiter ist in den letzten Jahren sehr stark gewachsen.

Göppingen. Am Montag, den 25. August, fand eine außerordentliche Mitgliederversammlung statt. Bezirksleiter Nebholz aus Straßburg i. E. referierte über das Thema: „Der Kampf ums tägliche Brot“. In der Hand von Reichleiter führte er den Kollegen vor Augen, wie schwierig es immer wird, um besseren Lohn und kürzere Arbeitszeit zu erringen. Wenn wir zehn Jahre zurückblicken, so muß konstatiert werden, daß durch die Organisation schon vieles erreicht worden ist, doch dürfen wir uns nicht dem, was wir an Lohn und Arbeitszeiterkürzung erreicht haben, nicht zufrieden geben. Wir müssen unsere Ziele auch höherem zuwenden, wobei er auf die Paritäten und die Gesetzgebung hinwies, denn auch darauf hat die Arbeiterbewegung ein Recht. Über dazu gehört eine geschlossene Organisation, deshalb ist es Aufgabe eines jeden Kollegen, in der Kleinagitation mitzuhelfen, um die Schranken aufzuräumen, hauptsächlich in den stillen Zeiten. Neben wird die Wahrnehmung gemacht, daß, wenn Tarifverträge abgeschlossen sind, ein Teil der Kollegen die Hände in den Schoß legen und es auch nicht für notwendig halten, in die Versammlungen zu gehen. Auch die Frauen spielen eine große Rolle im Kampf ums tägliche Brot. Diese müssen ebenfalls davon überzeugt werden, wie notwendig es ist, daß sich der Mann seiner Organisation anschließt, denn gerade manchmal sind diese der Kernpunkt. Die Göppinger Kollegen müssen bestrebt sein, die Organisation so auszubauen, daß sie auch einem Ansturm handhaben können und nicht gleich beim ersten Windstoß umfallen. Kollege Nebholz erbot sich für seine sachlichen und klaren, verständlichen Ausführungen reichlich Beifall. Im Interesse der Versammlung hätte der Besuch der nächsten ein besserer sein dürfen. Der Vorsitzende schloß die tagung verlaufene Versammlung mit dem Wunsch, das Götische zu beherzigen und danach zu handeln.

Somburg. Am der Versammlung am 16. August gab Kollege Gumbold die Abrechnung vom 1. Quartal. Die Gesamteinnahme betrug 114,00 Mk., die Gesamtausgaben 100,00 Mk., an die Kassiererin gelangte 14,00 Mk. Der Kassierbericht lautet: Die Einnahme betrug 114,00 Mk., die Ausgaben 100,00 Mk., an die Kassiererin gelangte 14,00 Mk.

immer in Stellung befindliche Kollegen mit ihren Beiträgen im Rückstande seien. Möchte ein solcher Kollege die Unterhaltungsleistungen der Organisation in Anspruch nehmen und man verfähre nach dem Staat, dann sei der Kammer groß. Es wurde nochmals auf den Beschluß hingewiesen, wonach die Vertrauensleute verpflichtet sind, bis zum 28. eines jeden Monats abzurechnen. Der Bericht vom Schiedsgericht und Kuratorium erörterte Höhle. Das Schiedsgericht befaßte sich mit einer Beschwerde des Kollegen L. gegen die Bavaria-Brauerei wegen seiner Entlassung. Da eine Einigung nicht erzielt wurde, wurde diese Sache dem Kuratorium übergeben. Ein Kollege führte Beschwerde gegen die Germania-Brauerei wegen Lohnrückzahlung. Derselbe mußte sich einigen hierüber den entsprechenden Lohn. Die Brauerei weigerte sich, den Lohn zu zahlen. Die Versammlung war der Meinung, daß hier unbedingt Lohnrückzahlung vorliege. Der Bundesgenosse Schatz führte Beschwerde gegen die Löwen-Brauerei wegen Nichtzahlung des Lohnes, der ihm 1904 beim Streikbruch verweigert sei. Die Löwen-Brauerei bestritt dies. Nach näherer Feststellung entschied das Schiedsgericht, daß der verproklamate Lohn weiter gezahlt werden müsse. In dieser Sitzung habe er an den Direktor der Brauerei die Frage gerichtet, ob es auf Wahrheit beruhe, daß der Bundesführer Kühne von der Direktion 3 Mk. Entlohnung erhalte, welcher nicht in der Lohnliste gebucht werde. Dieses werde von Kühne im Vertriebe behauptet. Der Direktor erklärte, daß Kühne 40 Mk. Lohn erhalte. Eine Kuratoriumsitzung am 8. Juli befaßte sich mit der Beschwerde des Kollegen L. gegen die Bavaria-Brauerei wegen seiner Entlassung. Die Entlassung wurde vom Kuratorium für gerechtfertigt angesehen. Eine zweite Sitzung befaßte sich mit einer Beschwerde des Kleinrentnerarbeiters S. gegen die Elbischloßbrauerei wegen seiner Entlassung. S. wurde entlassen, weil er während der Arbeitszeit einigen Bauarbeitern bei ihrer Arbeit zugehört haben sollte. Nach der Entlassung wurde jedoch einwandfrei festgestellt, daß dieses nicht der Fall war, sondern ein Versehen seitens der Betriebsleitung vorlag. Die Betriebsleitung machte jedoch die Entlassung nicht rückgängig, sondern suchte nach anderen Gründen, u. a. sollte S. den Kleinrentner beleidigt haben. Es zeigte sich in der Verhandlung jedoch heraus, daß der Kleinrentner den Kollegen zuerst beleidigt hatte. Die Entlassung mußte auf Veranlassung des Kuratoriums zurückgenommen werden und S. erhielt für die Zeit seiner Arbeitslosigkeit den vollen Lohn nachgezahlt. Die Beschwerde der Bundesgenossen, daß Arbeitnehmer zur Verzerrung eingeschloß wurden, wenn Wizen in Frage kämen, wurde nach einer recht dürftigen Begründung von dem Vorsitzenden der Bundesgenossen zurückgegeben. Unter „Verständigen“ legten die Arbeitgeber dem Obmann Herrn Dr. Winter den in Nummer 175 des „Hamburger Echo“ veröffentlichten Bericht über die Arbeiterbewegung der Elbischloßbrauerei vor, der zur Verleumdung gelangte. Die Arbeitgeber wollten aus dieser Veröffentlichung einen Vorwurf konstruieren; es hätte erst der Anhangsweg durchgegangen werden müssen. Höhle und seine Kollegen erklärten, daß sie in der Veröffentlichung des Berichtes keinen Sachbruch erblicken könnten. Das heißt der Bericht müsse den Arbeitern bleiben. Auch sei in dem Bericht nichts neues veröffentlicht, sondern die Sachen hätten die Anhangswegen schon veröffentlicht, ohne daß Beförderung eingereicht sei. Erst in einer der letzten Kuratoriumssitzungen habe man sich mit Mißständen und partieller Behandlung freiergewählter Vertreter in der Elbischloßbrauerei beschäftigt. Das eine Mal nehme man den Standpunkt ein, diese Sachen geböhrten nicht hierher, das andere Mal bestimme man sich über deren Veröffentlichung. Die Erörterung mußte schon eine ziemlich große gewesen sein, auch der Arbeiterausschuß sei durch das Verhalten der Direktion gesungenen gewesen, seine Bemerkungen niederzulegen. Nach jeder Beschwerde sei die Verhandlung eine ruhigere geworden. Bis schließlich das Maß an den Rand des Heberlaufs gebracht worden sei. Auch lägen schon wieder neun neue Beschwerden gegen die Elbischloßbrauerei dem Schiedsgericht vor.

In der hierauf folgenden Diskussion wurde betreffs der Differenzen mit der Elbischloßbrauerei ausgeführt, daß man das Vorgehen anderer Kollegen begreiflich finde und sie nicht anders handeln könnten. Man hätte nicht glauben sollen, daß die Elbischloßbrauerei als Referent des Gewerkschaftsausschusses so mit den freiergewählten Arbeitern verfähre, heimlich bestimmen als auf einem Arbeiterhofe. Wegen vorgerückter Zeit konnte die Diskussion hierüber nicht weitergeführt werden. Der Vertrauensmann der Elbischloßbrauerei teilte noch mit, daß ihm der Direktor den Vorwurf gemacht habe, der Arbeiterausschuß solle keine Bemerkungen aufnehmen und die Beschwerden beim Schiedsgericht zurückgeben. Die Mißstände sollten beseitigt werden. Eine Vertrauensversammlung habe dem zugestimmt. Ferner wurde noch bekanntgegeben, daß die Elbischloßbrauerei 18 Mann entlassen habe. Höhle berichtet noch, daß die Beschwerden gegen die Aktienbrauerei St. Pauli und die Germania-Brauerei wegen Vererbung der Dienstzeit für Kleinrentnerarbeiter rein. Abzug des Krankengeldes auch für Sonntage, zu unserer Zufriedenheit erledigt sind. Ferner sind beim Schiedsgericht noch Beschwerden eingereicht gegen die Teufelsbrüder-, Köhnen- und Freien-Brauerei.

Unter „Verständigen“ wurde das Heberbundenumweifen in einzelnen Brauereien einer scharfen Kritik unterzogen. 30 bis 40 Heberbunden würden miteinander wöchentlich gemacht. Das sei bei der herrschenden Arbeitslosigkeit nicht sozial seitens der Arbeitgeber gehandelt, aber auch die Arbeitnehmer müßten mehr darauf hinwirken, daß die Heberbunden unterbleiben. Der Vorsitzende teilte noch mit, daß in der Mühle von C. Gedrich in Neumühlen in kurzer Zeit schon der zweite Vertrauensmann entlassen sei. Gegen W. Weidmann und C. Heuer soll wegen Streikbruchs Ausschluß beim Hauptverband beantragt werden. Dem Kollegen S. wurde eine Unterstufung von 50 Mk. bewilligt.

Angelegenheit. Von Herrn Gedrich junior wurde die Erklärung abgegeben, daß er gegen die Organisation nichts einzuwenden habe. Ihm sei es gleichgültig, wo und in welcher Organisation seine Arbeiter wären. In der darauffolgenden Aussprache wurde von einigen Rednern auf die mangelhaften Zustände in den Mühlen hingewiesen. Dort sind noch die schlechten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Leider sind dort Kollegen beschäftigt, die es nicht für nötig halten, die Arbeiterpresse, das „Hamburger Echo“, zu lesen. Auch scheuen sie sich, die Betriebsversammlungen zu besuchen. Die Neueinstellungen erfolgen dort meistens durch die Stellenvermittler. Diese lassen sich 5 bis 6 Mk. für die einzelne Stelle bezahlen. Es kommt häufig vor, daß nach einer Woche das Arbeitsverhältnis wieder gelöst wird. Die Kollegen sind dann ihr Geld los. Es wurde noch auf die Gewürzmühle von Blabe u. Sohn aufmerksam gemacht. Dort werden bei zehnwöchiger Arbeitszeit Löhne von 20 bis 23 Mk. für Verheiratete gezahlt. In den dort Beschäftigten liegt es, das abzuändern, indem sie sich der Organisation anschließen. Als Obmann für die Mühlenarbeiter wurde J. gewählt. Vom Vorsitzenden wurden die Anwesenden aufgefordert, dahin zu wirken, die Beiträge regelmäßig an den Vertrauensmann abzuliefern. Ebenso in jeder verpflichtet, vierteljährlich eine Saalbaukarte von 50 Pf. zu entnehmen. Ferner wurde aufgefordert, für einen besseren Besuch der Versammlungen zu agitieren.

Sarburg. Versammlung der Brauerei- und Mühlenarbeiter am 3. September. Der Vorsitzende gedachte in kurzen Worten unseres verstorbenen Vorämpfers August Bebel. Sein Andenken ehrten die Anwesenden in üblicher Weise. Darauf hielt Genosse Lippold einen Vortrag über: „Sozialdemokratie und Gewerkschaftsbewegung.“ Er wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß die Errungenschaften der Gewerkschaften durch erhöhte indirekte Steuern zum Teil wieder illusorisch gemacht werden, wenn nicht eine starke sozialdemokratische Fraktion den Gelüsten der Mehrheitsparteien wirkungsvollen Widerstand leisten kann, arbeitende Bevölkerung eintritt. Hier muß vor allem der Hebel einmal kräftig angefaßt werden. Es ist Pflicht jedes Klassenbewußten Arbeiters, sich als Staatsbürger an allen Fragen des öffentlichen Lebens zu beteiligen. Unter „Verständigen“ wurde vom Vorsitzenden bekanntgegeben, daß zur Unterstützung der Maler von der Hauptverwaltung ein Entlohnung von 10, 15, 20 Pf. erhoben wird. Die Arbeitnehmer der Schloßmühle haben zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Firma einen Tarif unterbreitet. Nach dem Besuch der Versammlungen zu urteilen, scheinen die Mühlenarbeiter schon auf Kosten gehober zu sein. Das trifft aber leider nicht zu, denn die Verhältnisse in den Mühlen sind noch sehr verbesserungsbedürftig. Es wird Zeit, daß die Kollegen die Gleichgültigkeit und Teilnahmslosigkeit aufgeben und sich mehr um gewerkschaftliche Fragen kümmern. Es genügt nicht, daß man organisiert ist und seine Beiträge bezahlt, man muß auch, um seinen berechtigten Forderungen Gehör zu verschaffen, ein zielbewußter und rücksichtsloser Kämpfer sein. Es wurde dann noch beschlossen, unter Herbstferien am 15. November bei Pöcking abzuhalten: Die Anordnungen wurden dem Festkomitee überlassen. Zu guter Letzt wurde noch eine rege Debatte über die Auszahlung der Heberbunden vor sich gehen, der Vorsitzende an die Mitarbeiter geführt.

Leipzig. Die am 30. August im Volkshaus tagende Mitgliederversammlung ebte vor Eintritt in die Tagesordnung das Ableben unseres August Bebel. Den Bericht über den Stand der Lohnbewegung der Mühlenarbeiter von Leipzig und Umgegend gab Kollege Seidig. Aus diesem ist zu entnehmen, daß die Herren Mühlenbesitzer immer noch nicht geneigt sind, mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln. Alles mögliche ist versucht worden und sind die friedlichen Mittel erschöpft, um die Mühlenbesitzer zu einem verständigen Handeln zu gewinnen. Es wurde von den Organisationsleitungen schriftlich sowie mündlich versucht, bei den Unternehmern als auch deren Organisation das gleiche Ziel zu erreichen. Aber erfolglos, die Herren sind so von ihrem Durcheinander durchdrungen, daß sie es ablehnen, mit betriebsfremden Vertretern zu verhandeln. Zwar möchten sie gern, wie die meisten betriebsfremden, aber sie dürfen nicht. Laut Beschluß des Arbeitgeberverbandes sind die Unternehmer nicht mehr Herr in ihren Betrieben. Ihre Organisation verbietet ihnen, mit den Vertretern der Arbeiterorganisationen, welche ihre Produkte verhandeln, eine Verständigung herbeizuführen. Die Herren Mühlenbesitzer können von Glück reden, daß ihre Organisation nicht eine Arbeiterorganisation ist, sonst würden sie die Zahl der Fernreisenden um einige sehr beträchtliche bereichern. Wir versuchen eine Verständigung dadurch herbeizuführen, daß wir Herrn Gedrich über Anwalt vom Konsumverein haben, die Vermittlung zu übernehmen. Einige Mühlen sind Vertreter des Konsumvereins. Auch dieser Vorschlag wurde abgelehnt. Die Herren Mühlenbesitzer wollen keine Verständigung. Um auch den letzten Versuch zu machen, wurden Kommissionen für die einzelnen Betriebe gewählt, welche die Forderungen — mit den Unterwirten ihrer Mitarbeiter versehen — den Unternehmern vorlegen. Die Wirkungen waren verschiedene. Herr Pauli in S. u. S. hat in Folge 1—1,50 Mk. pro Woche zu und reichte uns mit, daß seine Leute zufrieden seien, übrigens hätten die Mühlenarbeiter erklärt, daß sie nur gewungener der Organisation angehören, indem sie Mehl nach dem Konsumverein hinweg fahren müßten. Wiewohl diese Schenkungen richtig sind, wird es durch die Unterstufung gegeben. Herr Dr. Winter in S. u. S. hat dem bis dazu die niedrigeren Löhne gezahlt wurden, hat sich bereitgelassen, 15 Pf. pro Tag zu zahlen. Ein besonderer Herr in S. u. S. hat dem Goldammer, M. Scherff, er gab, dem Arbeitgeberverband nicht an, will aber auch nicht mit den Organisationsvertretern verhandeln und alles mit seinen Leuten abmachen. Er hat einigen Arbeitern eine Kleinigkeit, wiewohl, entzick, sich unserer Kenntnis, zugewandt. Dafür hat er aber zwei Mühlen-Kassierern, auf die Straße geschickt. Wenn Herr Dr. Winter in S. u. S. glaubt, diesen geschickten gehandelt zu haben, wenn er einem Teil seiner Leute, welche in einem anderen Verbands oder gar nicht organisiert sind, etwas zu tun und unter Heberbunden herumzuwandern, und er bald die Gelegenheit hat, hat dem Konsumverein, Unternehmern zu helfen. Seine Kommissionen haben

Rundschau.

Aus der Brauindustrie.

Unternehmerterrorismus. In der Brauerei Brei- reich in Stolp wurde ein Kollege entlassen. Bei der Entlassung sagte Herr Breitreich zu dem Entlassenen: „Ich kann Ihnen in ihrer Arbeit nichts nachsagen, Sie sind fleißig und nüchtern gewesen, aber Sie gehören einem sozialdemokratischen Verbands, ja sogar dem Vorstand an, und Sie waren auch der größte Decker bei der Streikbewegung.“

Ein anderer junger Kollege wurde bei Breitreich entlassen. Als er in einer anderen Brauerei nachfragte, erhielt er zur Antwort, daß man nötig zwei Brauer brauche, aber ihn könne man nicht einstellen, weil er bei Breitreich entlassen sei. Da der Kollege ohne Mittel war, bat er Herrn Breitreich, weiter arbeiten zu dürfen. Das wurde ihm unter der Bedingung gestattet, daß er aus dem Verbands austrete.

Da werden wir doch einmal durch Klage auf Schadenersatz die Probe an's Exempel machen, ob nicht auch Herr Breitreich und seine Bundesgenossen mit der Gasse gemessen werden, mit der man vom Erfurter Gericht drei unserer Kollegen maß. Guckt Frau Justitia in diesem Falle etwa durch die Fingereisen der Finger, weil sie Brauereibesitzer und keine Arbeiter vor sich hat, dann würde das Thema Klassenjustiz um ein neues lehrreiches Kapitel vermehrt werden.

Aus der Mühlenindustrie.

Ueber die Arbeiterfrage wird der Geschäftsführer des Vereins deutscher Handelsmüller, Herr Matti-Charlottenburg, in der außerordentlichen Generalversammlung dieses Vereins, die vom 18. bis 21. September in Breslau tagen wird, referieren. Will Herr Matti der Mühlenindustrie durch sein Referat nützen, so wird er dafür plädieren müssen, daß die Arbeitgeberverbände in der Mühlenindustrie ihre Abneigung gegen Regelung der Arbeitsbedingungen durch Tarifverträge mit unserem Verbands aufgeben, und daß die Unternehmer oder deren Organisationen bei ausführenden Lohnbewegungen und Differenzen mit unseren Verbandsfunktionären verhandeln.

Ueber die Lage der Mühlenindustrie in Süddeutschland wird der „Frankfurter Zeitung“ aus Bamberg geschrieben:

Die Lage der süddeutschen Mühlenindustrie läßt trotz des Scheiterns der Mühlenvereinigung, der die Beilegung mancher früherer Unheilstände, wie z. B. der verlustbringenden Konkurrenzkämpfe der Verbandsmühlen untereinander und der von manchen den Werks früher gewagten Plantagenfahrten auf entfernte Märkte, zu verdanken ist, die aber ihr angeordnetes Ziel der Regelung der Produktions- und Absatzverhältnisse bisher nur teilweise zu erreichen vermochte, noch viel zu wünschen übrig. So ist Tatsache, daß ungeachtet des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs der Absatz der vereinigten Mühlen im Vorjahre wie im laufenden Jahre den Erwartungen nicht entsprach und daß wohl jede Mühle unter ihrem Kontingent geblieben ist.

zu einer Verschärfung des Lohnkampfes. Natürlich hat Herr v. Goldammer nicht etwa die beiden verheirateten Müller wegen Entreichung der Lohnforderung entlassen, betraute, er hat Grund zur Entlassung, wenn auch nicht für alle zwei, so doch für einen. Der Fall liegt ein reichliches Jahr zurück. Ein Miemann zog nicht mehr und schlief auf der Scheibe. Herr v. Goldammer hielt eine Entlassung damals nicht für angebracht, doch nun, nach langer Zeit, muß der Fall noch gerächt werden. Mehrmaliges Vorstelligwerden, um die Kündigung rückgängig zu machen, war ohne Erfolg. Herr v. Goldammer bestimmt selbst: „Aber wenn 6 oder 8 Mann vom Verband kommen, die können ihm keine andere Heberzeugung heibringen.“ Herr v. Goldammer machte geltend, er gehöre nicht nach Sachsen, sondern sei in Braunschweig. Ob er auch sein Abgabengebiet so schärf begrenzt? Herr v. Goldammer hat auch den Anspruch getan, er könne Verbandskollegen nicht rächen, seine Rechen könnten es nicht vertragen. Berechnet man den Lohn der Müller bei Herrn v. Goldammer im Stundenlohn bei 12stündiger Arbeitszeit, so bekommt ein Müller 37 Mk. Dabei keine Abkündigung beim Essen, kein Raum zum Einnehmen der Mahlzeiten, da muß der gesunde Mensch zugrunde gehen. Ob alle Abnehmer mit dem Verhalten des Herrn Goldammer einverstanden sind, kann man bezweifeln. Die beiden Kollegen sind gemäßigter, möge Herr v. Goldammer dies beurteilen wie er will. Die noch übrigen Mühlenbesitzer haben sich mit den Entlassenen an ihre Organisation gewandt, dort hatten sie noch die Friedigung. Verhören die Mühlenbesitzer noch länger in ihrer Haltung, ist ein Kampf unausweichlich, bei dieser Gelegenheit kommt wie jedenfalls auch wieder mit Herrn v. Goldammer zusammen. Die Versammelten waren der Heberzeugung, daß die Herren Mühlenbesitzer nur darauf ausgehen, die Lohnbewegung zu hinterreiben. Die Versammelten kompromittieren nicht nur mit den um Anerkennung ihrer Organisation, Einführung der Wochenlöhne, des 10stündigen Arbeitstages und eines Erholungsurlaubes kämpfenden Mühlenarbeitern, sie verstoßen auch, sie materiell zu unterstützen. An den Herren Mühlenbesitzern wird es nun liegen, den Frieden herbeizuführen, wir sind bereit dazu. Interessieren geben wir gern Auskunft.

Nach einem Referat über die Bedeutung der am 18. Oktober stattfindenden Krankentaggenauswahlwahlen für die Ortskrankenkasse Leipzig wurden 4 Kollegen als Vorschlagsmitglieder vorgeschlagen. Da die Wahl eine Verhältnismäßigkeit ist, ist es unbedingt nötig, daß jeder einzelne zur Wahl geht. Für die neu zu gründende Krankenkasse für die Umkleekammerstadt Leipzig erfolgten 3 Vorschläge. In der Genossenschaftsbrauerei Dürghausen mehr schon wieder ein recht lebhafter Wind. Zwei Arbeiter wurde gekündigt mit der Begründung, es sei keine Arbeit vorhanden. Mannt man die vorhandene Arbeit als Maßstab, dann müßten noch Arbeitskräfte eingestellt werden. Der Grund wird wohl wo anders zu suchen sein, denn sonst wären doch die zuletzt Entlassenen entlassen worden sein.

Reifenfest. Am 6. August fand in Reichenfels eine Mühlenbesitzerversammlung statt und war der Besuch ein ganz vortrefflicher. Man werden die Kollegen von Reichenfels einmal zu der Sitzung kommen, daß sie den Weg zur Organisation haben müssen, um durch diese ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen wirklich zu regeln? Wenn es uns gelungen ist, am 1. Juli mit der Brauerei Fr. Lehrenz einen Tarif abzuschließen, welcher den Kollegen Lohnzulagen von 2 bis 3 Mk. und eine bessere Regelung der Ueberstunden brachte, so war das lediglich der Einheitsorganisation zu verdanken. Und gerade hier hat sich gezeigt, daß es ein Schaden ist, wenn die Kollegen sich der Organisation fernhalten, denn ohne weiteres wären wir in der Brauerei Lehrenz zu einer Verstärkung der Arbeitszeit gekommen. Solange aber in den Brauereien Dettler, Sebade und Kürsch die Arbeitgeber über Lohn und Arbeitszeit bestimmen können, müssen auch andere Betriebe darunter leiden. Trotzdem der Inhaber der Brauerei Dettler ein sehr reicher Mann ist und auch die anderen beiden Brauereien Sebade und Kürsch im wohl ziemlich gehoben, werden dort die Arbeiter schlecht bezahlt, als in der Brauerei Lehrenz. Die Arbeiterbewegung hat durch den Genß von Bier Herrn Dettler viel Geld gewonnen lassen. Aber eine Organisation will man im Betrieb nicht gern aufkommen lassen. In der Brauerei Sebade waren die Bierfahrer des Sonntags von 9-11 Uhr dort abladen und aufräumen, ebenso 2 Hilfsarbeiter; eine Bezahlung erfolgte jedoch nicht dafür. Geht man nach, daß als Brauer lauter Bundeskollegen angepöbel sind, denn kein Kunde so etwas wohl vorzuziehen. Da man in nächster Zeit die Mälzerei beginnt, beabsichtigen die Kollegen schon wieder, daß sie auch nach Sonntag ausgehen werden. Kollegen, alles dies und noch anderes, was man sich vorstellen kann, kann man beiseite lassen, wenn die Kollegen von Reichenfels unteren Auf folgen: Organisieren Euch, sagt für eine Einheitsorganisation! Die Versammlung sagte dem Reichsverband, eine fortgeschrittene Hausorganisation einzuleiten und nicht aber zu stehen, bis der letzte Mann der Organisation zugeführt ist. Dies wird eine schwere Aufgabe sein; die Verhältnisse gehen aber diesen Weg, und hoffen wir, daß der Erfolg zum Nutzen der Brauereiarbeiter nicht ausbleibt. So wie die Verhältnisse in den Brauereien liegen, um ein ganz Teil schlechter noch liegen sie in den Mühlen. Ueber diese Verhältnisse werden wir in nächster Zeit beizubringen und wenn auch wir diesen Kollegen zu Organisieren Euch, die es zu tun ist! Wären die Kollegen in Verbands, würde es sich nicht so leicht machen lassen, die Arbeiter zu verlocken, wie das in der Handhabung geschieht, daß die Unternehmer können und wie die Arbeiter, daß sie auch in der Handhabung. Die Kollegen erhalten dort von dem Besitzer der Mühle Wohnungen in Häusern, welche dem Besitzer der Gemeinnützigkeit gehören. Die Arbeiterverhältnisse sind dabei noch die geringste Rolle spielen und man muß sich wundern, daß sich Männer so haben lassen. Schaut man diese Kollegen, so muß man nachdenken, daß es mit einer gewissen Angst zu tun haben. Und auch noch vor dem anderen und keiner will bei seinem Arbeitgeber in Ungnade fallen. Und für noch anderes werden, um unsere Kollegen dazu zu bewegen, daß sie sich der Organisation anschließen.

größten Teil wesentlich unter ihrer Produktion früherer Jahrgänge kontingentiert haben, ist derzeit die wenig erfreuliche Tatsache zu verzeichnen, daß die Differenz zwischen ihrer Leistungsfähigkeit bezw. früherer wirklicher Leistung und Absatz größer geworden ist. Aber auch andere Faktoren waren für die südwestdeutsche Mühlenindustrie von nachteiligem Einfluß. So die geringe Ausbeute des Inlandsweizens, die infolge des Balkankrieges erschwerte und verteuerte Zufuhr russischen und rumänischen Weizenweizens, der hohe Geldstand, verteuertes Sachmaterial und dergleichen mehr. Alle diese Mängel und dazu noch die drohende Gefahr der Einverleibung Finlands in das russische Zollgebiet, welche den recht erheblichen Export rheinischer und norddeutscher Mühlen nach diesem Lande ganz unterbinden und auf den Inlandsmarkt anweisen würde, lassen auch für eine absehbare Zukunft die Lage der Mühlenindustrie nicht gerade in rosigem Lichte erscheinen. Nach alledem darf man wohl behaupten, daß die Situation nicht nach Neugründungen drängt. Man wird übrigens annehmen müssen, daß die Mühlenvereinigung sich solchen gegenüber, auch wenn sie, wie es jüngst in einer Infundierung hieß, „nicht in eine Kampfstellung zum Syndikat zu treten beabsichtigen“ nicht ganz passiv verhalten wird.

Aus der Gewerkschaftsbewegung.

Die Aussperrung im Karlsruher Fleischergerwerb ist nun zur Tat geworden. Die Arbeiter der beiden Großfirmen Gebrüder Hansel und Stephan Gartner haben durch ihre Organisationsleitung und durch das Gewerkschaftskartell alles versucht, um einen friedlichen Ausgang der Tarifbewegung zu erlangen. Sie haben zunächst die von den Unternehmern besonders montierten Forderungen fallen gelassen, sie haben auch das Gewerkschaftskartell als Einigungsamt angerufen. Doch alles das wurde von den Unternehmern trotzig abgelehnt. An den Sekretär des Unternehmerversandes wurden sie verwiesen, und als sie mit ihm verhandeln wollten und er die Firmen um Vollmacht dazu ersuchte, lehnten die Firmen es ab. Sie erklärten, schon genügend Personal engagiert zu haben, sie könnten das neuengagierte Personal nicht wegzulassen, dazu könnten sie sich nur im Notfall verstehen, wenn sie durch die Situation dazu gezwungen würden.

Nicht alle Arbeiter sind verheiratet und haben Frau und Kinder zu ernähren; die meisten sind schon jahrelang bei den Firmen beschäftigt. Die Firmen haben auf einen starken Anfall der Beschäftigten gerechnet, sie sind getäuscht worden; nur bei einer Firma verüben einige ältere Leute Streikbruch.

Das Gewerkschaftskartell hat sich bereits mit der Verhängung des Boykotts über alle Produkte dieser Firmen befaßt. Die Firmen haben seit ausschließlich Arbeiterkundschaft. Ihre Hoffnung, daß der Boykott bröckeln werde, weil die Arbeiterfrauen sich doch nicht „danach scheren“, wird sicher an der Solidarität der Arbeiterschaft zugrunde gehen, und die Herren werden sich zu Verhandlungen und zu einem Tarifabschluß bequemen müssen. Bei ihren schlechten Ratgebern, den Schatzmachern im Innungslager, mögen sie sich nachher für ihren Reinsfall bedanken.

Volkswirtschaftliches, Soziales.

Versteckte Gewinne. Aus verschiedenen Gründen versucht das Kapital, seine Gewinne zu verschleiern. Wären sie in ihrer ganzen Größe sichtbar, so könnte das der Zufriedenheit mancher bedürfnisloser Arbeiter doch etwas Abbruch tun. Sie paßten auch zu schlecht in die Klagen der Industriellen über schwere Belastung durch zu hohe Löhne und Beiträge für die sozialen Versicherungen.

Deshalb versteckt man große Gewinnsummen, läßt sie durch unjährliebare Kanäle abfließen, und in Zeiten der Hochkonjunktur werden die „Sparböcke“ gefüllt, aus denen man bei schlechterem Geschäftsgang die Dividenden auf eine selbst hochgespannte Erwartung beruhigende Höhe bringen kann. Hat doch die letzte Krise die Durchschnittsdividenden aller gewinnzielenden deutschen Aktiengesellschaften nur von 8,07 Proz. im Jahre 1907/08 auf 7,38 Proz. sinken lassen. Im Jahre 1909/10 war sie schon wieder auf 7,76 Proz. gestiegen und erreichte für 1911/12 die Höhe von 8,39 Proz. Dabei hat man bedeutende Reserven für später aufgespeichert. Besonders das letzte Jahr brachte dem Kapital riesige Gewinne. Nur ein Teil davon erscheint in den Dividenden. Hier ein Nachweis, in welchem Umfang Gewinne versteckt werden. Die Aktiengesellschaften der gemischten Werke — Eisenwerke mit Bergbau verbunden — verteilten Durchschnittsdividenden:

Table with 5 columns: Jahr, 1907/08, 1908/09, 1909/10, 1910/11, 1911/12. Row 1: Proz., 8,53, 7,79, 8,98, 9,98, 10,91.

Das sind stattliche Zahlen; die Aktionäre dürfen mit der Lohnsteigerung“ wirklich zufrieden sein. Für das letzte Jahr — 1912/13 — gibt's mindestens ebenjohiel, teilweise noch mehr. Betrachten wir die bereits vorliegenden Abschlässe einiger Gesellschaften: Der Bodumer Verein und die Rheinische Stahlwerke verteilen dieselbe Dividende wie im Vorjahre, nämlich 14 und 10 Proz., Höplich-Dortmund dagegen erhöht sie von 22 auf 24 Proz.! Das ergibt schon eine beträchtliche Mehrausüttung. Ganz anders, viel glänzender sieht aber das Bild aus, wenn man die nicht verzeilten, die versteckten Gewinne berücksichtigt. Das geschieht in der nachfolgenden Uebersicht. In ihr werden die Abschlußziffern der drei Unternehmen zusammengefaßt. Danach ergab, in Millionen Mark:

Table with 4 columns: 1910/11, 1911/12, 1912/13. Row 1: der Rohgewinn, 22,1, 26,0, 34,2. Row 2: die Summe der Abschreib., 9,0, 9,8, 14,5. Row 3: der Reingewinn, 13,7, 16,9, 20,7.

Für Abschreibungen sind im letzten Jahre fast 50 Proz. mehr verwendet worden als im Vorjahre. Aus dem dann noch verbleibenden Reingewinn hätte man eine Erhöhung der Dividenden um ca. 4 Proz. vornehmen können; die Verwaltungen ließen aber einen Teil der schon hinsichtlich ermäßigten Reingewinne in allerhand Fonds verschwinden und vergrößerten den Vortrag auf neue Rechnung. Den Aktionären kann die Krise nun nicht mehr so wehe tun, sie müssen, ihre Sparböcke sind gefüllt. Den Arbeitern aber tröhen keine Sparböcke; Arbeitslosigkeit, Not, Entbehrung sind die Gaben, die ihm die Krise darbringt.

Unsere Berliner Kollegen machen wir darauf aufmerksam, daß in Groß-Berlin ein Verband der Hausarztvereine besteht, der von organisierten Arbeitern ins Leben gerufen wurde und zurzeit ca. 16 000 Familien mit über 70 000 Angehörigen zählt.

Durch den Beitritt zum Verband der Hausarztvereine sind die Familienangehörigen Krankenversicherungsspflichtiger Personen, gleichviel, ob bei der Aufnahme gesund oder krank, der heiligen Behandlung eines Arztes versichert. Die Bedeutung dieses Vorteils muß jedem klar sein, der schon das Unheil gehabt hat, Krankheiten durchzumachen, besonders wenn dann noch durch Arbeitslosigkeit Not im Hause herrichte.

Die Verbände haben in ihren Bezirken angelegte Arztstellen, darunter alle Arten Spezialärzte, die verpflichtet haben, die Mitglieder mit größter Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit, gleich wie Privatpatienten, zu behandeln, ohne Ansehen der Zahl und Dauer der Krankheiten. Keine lästigen Formalitäten wie Krankmeldung, Krankenschein oder dergleichen sind nötig; Vorzeigung des Mitgliedsbuches bei dem Arzt genügt. Der größte Vorteil aber ist, daß die Mitglieder nicht nur berechtigt, sondern sogar verpflichtet werden, bei den geringsten Anzeichen einer Erkrankung den Arzt wie einen Hausarzt in Anspruch zu nehmen, um vorbeugend und verhütend zu wirken. Wie die Aufnahme kann der Austritt jederzeit erfolgen.

Für den geringen Beitrag von 25 Pf. pro Woche, der monatlich einfließt, wird außer obengenannten Vorteilen noch folgendes geboten: Freie Medizin bei akuten Erkrankungen, Verbandshilfe, Diphtherieserum, Malaria, Tetanusschutz, Monatszeitung mit Kinderbeilage, wissenschaftliche Vorträge, Kinderpielplätze, Samariertourne, Versicherung von Bedenken für 10 und 20 Pf. die Woche, Großverkauf von Nährpräparaten, Stärkungsmitteln und sonstigen Krankenbedarfsartikeln und Abgabe an die Mitglieder zu Selbstkostenpreisen. In Aussicht genommen: freie Hauspflege, Genesungsheime, Walderholungsstätten. Nähere Auskunft erteilt: G. Jakob, Berlin NW., Emdener Straße 45 (Moabit 1134).

Arbeiterversicherung.

Reichstreuer Schwindel über die „Volkfürsorge“. Ein Flugblatt des Reichstreuen Bergarbeitersekretärs für Niedersachsen, daß für die kapitalistische „öffentlich-rechtliche“ Selbstversicherung Propaganda macht, bringt folgenden harmlosen Schwindel über die „Volkfürsorge“:

„Wo bleibt das Geld, welches die rote Volkfürsorge dem Versicherten weniger auszahlt, wie die Versicherung der nationalen Volkversicherung? In sozialdemokratischen Wärdern war zu lesen, daß 45 000 Beamte angestellt werden sollten. Daß diese Beamten natürlich nicht von sozialdemokratischen Redensarten und Phrasen leben, beweist die Tatsache, daß für den Posten eines Generalagenten ein Betrag von 30 000 Mk. ausgezahlt werden ist. Wie die sozialdemokratische Partei Gehälter von 30 000 Mk. mit ihrem Parteibezug vereinbart, das zu entrichten wird nur Sozialdemokraten möglich sein.“

Im Speziellen wird dann noch die Behauptung aufgestellt, daß die „Volkfürsorge“ einen großen Teil ihrer Einnahmen, etwa 33 1/2 Proz., dazu verwendet, um politische Demagogen zu bezahlen.

So etwas hängt man einfach niedriger, um die „Reichstreuen“ zu charakterisieren.

Krebs als Unfallfolge. Ein überaus interessantes Oberwachsen erzählt von Professor Dr. Thiem, wird in Nr. 7 der „Ärztlichen Nachrichten des Reichsversicherungsamtes“ veröffentlicht. Mitte März 1909 lag einem Arbeiter Joachim K. ein Stück von der Kreisstraße abgekehrtes Holz gegen die rechte Bauchseite. K. empfand heftigen Schmerz, legte mit beiden Händen nach der getroffenen Stelle, arbeitete aber trotz großer Schmerzen bis zu Dorn 1909 (11. April). Nun wurde der Unfall angemeldet. Der Verletzte wurde von Urzten und in der Greifswalder Universitätsklinik untersucht und behandelt. Etwa am 25. Juli wird der Gallenblasentrebs festgestellt. Am 16. August 1909 starb der Unfallverletzte. Postmortem wurde in der Leichenautnahme, daß der Darm des Verletzten im März 1909 rötlich-braun gefärbt war.

Der Anspruch der Witwe auf Unfallrente wurde von der Berufsgenossenschaft und dem Schiedsgericht abgelehnt, weil nach dem Gutachten der Tod Folge des Gallenblasentrebses war, dieser aber unabhängig vom Unfall ist entwickelt habe. Das Reichsversicherungsamt forderte Professor Thiem ein Gutachten ein. Dies veröffentlichte Gutachten, dessen Studium Arbeitersekretären sehr zu empfehlen ist, kommt auf Grund ungenügender sorgfältiger Darlegungen zu folgenden Annahme als der wahrscheinlichen für die Todesursache: Der Verletzte habe Gallensteine gehabt. Durch den Schlag sei eine Entzündung der Gallenblase und der Gallenwege eingetreten. Diese habe den Krebs verursacht. Das Reichsversicherungsamt nahm auf Grund dieses Oberwachsen für übermäßig wahrheitsgemäß an, daß der Schlag des abgekehrten Holzes den Gallenblasentrebs zur Entstehung gebracht und mithin von wesentlicher Bedeutung für den Tod geworden ist. Es sprach der Witwe die Rente zu.

Der Fall zeigt wieder, wie zutreffend unsere oft wiederholte Mahnung ist, die Reichsminister für auch schwerer merkliche Unfälle sich durch Unfallanzeige zu sichern.

Polizeiliches, Gerichtliches.

Ein Kontakt, verbunden mit Mötigung, dem keine Einwirkung folgen, wie dies bei unerm. Kampf gegen Schiffer u. Liegmann in Deut der Fall war, sollte sich dieser Tage in Moabit i. S. ab. Am Saal des Schiffsbauwerkes davor hielt der Flottenarbeiterverband seine Generalversammlung ab. Auf Verzeihen des Bürgermeisters und des Vorstandes des Flottenarbeitervereins ist der Wit: die Schlichtung des Flottenarbeitervereins und die Schlichtung der roten Ketten, mit denen sich die Flottenarbeiter verbinden. Die „Parteien“ wurden somit ein für den Flottenarbeiterverband. Die „Parteien“ wurden somit ein für den Flottenarbeiterverband. Die „Parteien“ wurden somit ein für den Flottenarbeiterverband.

Beher-Meißen. Der Bohlott erscheint den Staatskützen nur dann strafbar, wenn sie ihn nicht selbst ausüben, wenn Arbeiter glauben, sie hätten dasselbe Recht, wie andere Staatsbürger.

Ausland.

Vom Reisechein nach Amerika. Obwohl in unserer „Verbandszeitung“ wiederholt darauf hingewiesen wurde, daß infolge der internationalen Vereinbarungen der internationale Reisechein für Amerika nur an Mitglieder abgegeben werden darf, die mindestens zwei Jahre dem Verbands angehören und mit ihren Beiträgen bis zum Tage der Abreise auf dem Laufenden sind, gehen bei der Hauptverwaltung und bei den Zahlstellen fortgesetzt Gesuche um den Reisechein nach Amerika ein, die nicht berücksichtigt werden dürfen, weil die Vorbedingungen nicht erfüllt sind. Dann verlegen sich die Kollegen auf Betteln oder gar Schimpfen, was ihnen freilich nach Lage der Sache nichts nützen kann. Viele Kollegen gleichen leider noch dem Bauer, der erst dann an die Feuerversicherung dachte, als sein Haus und seine Scheune schon brannten. Wer nicht mindestens zwei Jahre organisiert ist, der soll ruhig die Auswanderung nach Amerika unterlassen, er bekommt drüben ja doch keine Arbeit in den Bauereien. Es ist dafür gezeigt, daß er nicht ernten kann, wo andere pflichtbewusstere Kollegen gesät haben. Nicht wenige Kollegen glauben, sie könnten in den Besitz des Reisecheins gelangen, wenn sie kurz vor ihrer Abreise eintreten und für einige Wochen oder Monate Beiträge bezahlen. Die Kollegen sollen daraus die Lehre ziehen, daß sie möglichst früh dem Verbands sich anschließen und für die Verbesserung der Arbeitsverhältnisse in Deutschland erst kämpfen müssen; dann erst werden sie von unseren amerikanischen Kollegen als vollwertige Mitglieder aufgenommen und in ihrem Fortkommen durch sie gefördert.

Briefkasten.

An die Schriftführer und Zahlstellenvorstehenden.

Der Redakteur wird die Arbeit außerordentlich dadurch erschwert, daß die meisten Berichte über Lohnbewegungen und Versammlungen erst am Sonntag oder Montag mit der letzten Post vor Redaktionsschluß eingehen. Berichte über Versammlungen, die schon vor einer Woche, oft auch vor drei und vier Wochen stattfanden, kommen im letzten Augenblick. Dann ist nur ein flüchtiges Durchfliegen des Berichtes möglich, dann muß der vorhandene Satz infolge der im letzten Moment kommenden Mut immer und immer wieder umgeschmelt werden. Da um wie nicht mehr mit! Auch der Redakteur will seine Sonntagserholung, er will auch bei Redaktionsschluß die Möglichkeit haben, sorgfältig und pflichtgemäß arbeiten zu können. Wer sich in Zukunft nicht danach richtet, dessen Berichte werden für die nächste Nummer zurückgestellt!

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbandszeitung“: Berlin O. 27, Schiedlerstraße 6 IV, Fernsprecher: Amt Königstadt 275.

Diese Woche ist der 37. Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Unser Notizkalender für 1914

gelangt ab 22. September zum Versand an die Zahlstellen. In erster Linie bringt er neuer als für die Arbeiter wünschenswerten Bestimmungen über die neue Reichsversicherungsordnung. (Siehe die kleine Abhandlung an der Spitze der heutigen Nummer.) Ferner bringt der Kalender eine Zusammenstellung über die Einkommensgrenzen, die Höhe und Erfolge unserer Verbände im Jahre 1912. Er berichtet über den Stand der Urlaubsfrage für unsere Mitglieder, bringt eine Übersicht über die Arbeitszeit unter 10 Stunden, die Adressen der Bezirke, Zahlstellen. Der neue Kalender behandelt des Syndikus Dr. Wolffs neues „Lohnverhandlungsmittel für Brauereiarbeiter“, bringt: Nebenbei: über die Löhne in den unterem Verbands angeschlossenen Firmen, über Vorseproduktion, Ausfuhr, Einfuhr und Verbrauch. Außerdem enthält der neue Kalender wertvolles statistisches Material, u. a. über die Unfälle, Gewerkschaften 1912. Die gegenseitigen Organisationen und unser Verhältnis zu ihnen werden beleuchtet. Das Wichtigste über die letzten Reichsversicherungsmaßnahmen hat ebenfalls Aufnahme gefunden und vieles andere mehr, so daß der heutige Kalender eine Fundgrube des Wissens für unsere Kollegen bildet.

Den Klagen aus Kollegenkreisen, daß der bisherige Preis von 55 Pf. „ungrades Geld“ ist, hat der Hauptverband Rechnung getragen, der neue Kalender ist trotz seines gediegenen Inhalts und trotz der vorzüglichen Ausstattung nur 50 Pf. Wir eruchen um schleunige Bestellung seitens der Zahlstellen.

Gekorbene Mitglieder.

Die Summe des an die Hinterbliebenen laut Statut ausbezahlten Sterbegeldes ist in Klammern beigefügt:

- Nim: Daniel Effer, Bierfahrer, 35 Jahre 45 Mk.; Gera: Max Wolf, Arbeiter, 20 Jahre 60 Mk.; Sigmaring: Georg Stolz, Förster, 28 Jahre 45 Mk.; Würzen: Paul Strahler, Bierfahrer, 40 Jahre 60 Mk.; München: Alois Helber, Brauer, 24 Jahre 45 Mk.; Bamberg: Wilhelm Schmitt, 44 Jahre 90 Mk.; München: Anna Sudner, Arbeiterin, 27 Jahre 27 Mk.; Lindeburg: Friedrich Gipping, Bierfahrer, 45 Jahre 90 Mk.

Ausbezahltes Sterbegeld an die Mitglieder beim Tode der Verstorbenen: Braunmüller, Quantina a. M. 30 Mk.

Auf Antrag der Zahlstelle Berlin: Der Brauer Oskar Werner, geb. am 29. 9. 79 in Berlin, eingetr. 12. 1. 13 in Berlin, Num. 75177; der Maschinenarbeiter Josef Marajezak, geb. am 11. 2. 69 in Berlin, eingetr. 13. 1. 13 in Berlin, Num. 6077.

Verlorene und für ungültig erklärte Mitgliedsbücher:

Frankfurt a. M.: Arbeiter, Carl Müller, geb. 14. April 1871 in Frankfurt, eingetr. 16. November 1912 in Frankfurt, Num. 1177; Arbeiter, Paul Müller, geb. 17. März 1878 zu Lohndorf, eingetr. 1. Oktober 1902 in Stuttgart, Num. 76393, geb. 16. November 1883 in Treptow, eingetr. 22. September 1911 in Stettin. Vorliegende Kollegen haben Duplikate erhalten; nur diese haben Gültigkeit.

1878 zu Lohndorf, eingetr. 1. Oktober 1902 in Stuttgart. Robert Kumm, Hilfsarbeiter, Buch-Nr. 76393, geb. 16. November 1883 in Treptow, eingetr. 22. September 1911 in Stettin. Vorliegende Kollegen haben Duplikate erhalten; nur diese haben Gültigkeit.

Eingänge der Hauptkasse vom 1. bis 7. September.

- Moos 200,-; Darmstadt-Gr.-Gerau 200,-; Meizen 180,-; Mannheim 38,50; Breslau 242,10; Bürgendarmund 270 Mk.; Schmeisingen 3,-; Dortmund 600,-; Bentzen (Bezirk Lügitz) 5,-; Landshut 200,-; Halberstadt 150,-; Werder 63,04; Hensburg 40,-; Saginaw Bart Side (Nordamerika) 83,68; Weimar 75,-; Memel 117,94; Rudolstadt 11,-; Dresden 221,90; Dormund (Rechtschütz zurück) 29,20; Saugau 14,30; Garburg 437,-; Liffit 300,-; Udenach 6,40; Kattowitz (Guthaben zurück) 50,-; Meitzen (Erreit zurück) 1,60; Siegen i. Westf. 2,40; Eichenach 3,50; Bielefeld 63,50; Kreuznach 4,95; Carlsruhe 5,-; Meiningen 200,-; Radeberg 130,-; Brandenburg 70,-; Berlin 23,-; Neumünster 64,60 Mk.

Materialverwand.

Stettin 5000 Marken a 30 Pf.; Berlin 50 000 Marken a 50 Pf.; Liffit 1200 Marken a 50 Pf.; Kattowitz 400 Marken a 50 Pf.; Vachen 600 Marken a 50 Pf.; Wittenburg 10 Mitgliedsbücher; Brandenburg 1200 Marken a 50 Pf. Wichtigstellung: In letzter Nummer muß es zu Wolfenbüttel 1000 Marken a 50 Pf. heißen.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Gürlitz. Vorsitzender: G. Philipp, Marktstraße 5 III. Kassel. Ein Sterbebeitrag von 25 Pf. ist für W. Markert, Harenburg, zu erheben. Die Rückhände nachholen.

Ferner diene es zur Pflicht, daß die Bezirkskassen der Gesamtzahlstelle unbedingt almanachlich abrechnen, um ökonomischer arbeiten zu können.

Darmstadt. Vorsitzender J. Böhm wohnt Pantlauerstraße 29.

Lüneburg. Vorsitzender Fr. Weidert, Feldstr. 51. Sonntags Unternehmung von 7-8 Uhr abends.

Versammlungsanzeigen.

Freitag, den 12. September.

Darmstadt. 6 1/2 Uhr: „Gewerkschaftshaus“.

Sonntag, den 13. September.

- Blantenburg. 8 Uhr: „Vormarsch“. Göttingen. 8 1/2 Uhr: „Zum alten Deffauer“, Schloßstr. 16. Osterfeld. 8 Uhr: „Volkshaus“. Deffau. 8 1/2 Uhr: „Livol“. Duisburg. 8 1/2 Uhr: bei Marx, Feldstr. 9. Göttingen. 8 Uhr: „Gewerkschaftshaus Livol“. Eichenach. 8 1/2 Uhr: „Zum Engel“. Hensburg. 8 1/2 Uhr: „Gewerkschaftshaus“. Versammlung am 20. September fällt aus. Freiburg i. S. 8 1/2 Uhr: bei Böhm, Weberstr. 12. Kattowitzer. 8 Uhr: „Rebblische Pfalz“. Meiningen. 8 Uhr: „Zachernes Haus“. Mindelheim. 8 Uhr: bei Laubheimer. Neubrandenburg. 8 Uhr: „Neuegarzen“. Lindeburg. 8 Uhr: „Gewerkschaftshaus“, Rindwitzerstraße. Plauen i. S. 8 1/2 Uhr: „Schillergarten“, wöchentliche Tagesordnung. Rothenburg a. T. 8 1/2 Uhr: „Sonnengraben“. Zegeberg. 8 1/2 Uhr: „Hotel International“. Solingen. 8 1/2 Uhr: „Gewerkschaftshaus“. Zübingen. 8 Uhr: „Zum Bahnen“. Waldsiedl. 8 1/2 Uhr: bei Weidmann. Wittenberge. 8 1/2 Uhr: bei Klabe. Würzburg. 8 1/2 Uhr: „Goldener Stern“. Zerbst. 8 1/2 Uhr: bei Siebenau.

Sonntag, den 14. September.

- Hensberg. 4 Uhr: „Vereinslokal“. Hildersleben. 3 Uhr: bei Schmiedel. Haritz. 3 Uhr: bei Lützen, am Gajen. Bamberg. Vorm. 10 Uhr: bei Koch, Schillerplatz. Harenburg. 8 1/2 Uhr: „Gewerkschaftshaus“. Brandenburg. 8 1/2 Uhr: „Volkshaus“, Bergstr. 20. Reitz: vom Tröger-Berlin. Chemnitz. 3 Uhr: „Volkshaus“. Göttingen. 3 Uhr: bei Brauer, Dorotheastraße. Dingolfing und Ing. Vorm. 10 Uhr: „Dirckemwitt“. Döbeln. 3 Uhr: „Volkshaus“. Einbeck. 2 1/2 Uhr: „Reinhold Hof“. Gumbinnen-Kriegel. Vorm. 10 Uhr: „Gasthaus zur Krone“ in Waidersingen. Jülichendorf. 3 Uhr: bei Jungling. Gera. 3 Uhr: bei Michel, Greizer Straße. Gertrode. 3 Uhr: „Stadtpark“. Göttingen. 8 Uhr: „Kathedral“. Halle a. S. Vorm. 10 Uhr: „Glauchauer Schützenhaus“. Seilsdorf. 3 Uhr: „Gewerkschaftshaus“. Ingolstadt. 2 Uhr: „Zur Parke“. Stellungnahme zur Lohnbewegung. Referent: Staatsrath Regensberg. Alles ertheilen. Landsberg a. W. 3 Uhr: bei Daber, Meißnerstr. 15. Leipzig. 3 Uhr: „Volkshaus“. Versammlung der Rabienarbeiter. Lüneburg. 4 Uhr: bei Greifammer, vor dem roten Tor. Rehdalsleben. 3 Uhr: bei Herzog. Reitz. 2 1/2 Uhr: „Zur Krone“. Dierode. 3 Uhr: „Schützenhaus“. Rorsdorf. 2 1/2 Uhr: bei Keller. Rüdersdorf. 3 Uhr: bei Schmidt in Dingelstedt. Rosenheim. Vorm. 10 Uhr: „Sternengarten“. Roth. 3 Uhr: bei Reubel. Saarlautern. 3 Uhr: „Gewerkschaftshaus Livol“, Gertroderstraße 24. Schönebeck. 3 Uhr: „Rebblische Pfalz“. Traunreith. Vorm. 10 Uhr: „Gewerkschaftshaus“. Tübingen. Vorm. 10 Uhr: „Zum Falken“. Utenberg. 3 Uhr: „Neuegarzen“. Utenberg. 4 Uhr: bei Dieck, Mühlstraße. Waidenburg. Gaithaus, Saugau. Werder. „Schwarzer Adler“, Mühlstr. 10. Witten. 3 Uhr: bei Röttemeyer.

